

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die Spaltenzeile oder deren Raum 50 A, Reklamezeile 200 A.

Einzelpreis: monatlich 175 A einschließlich Druckerlohn. Wegen Postbezugs näheres bei jedem Postamt.

Notations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich. — Redakteur: Paul Jorsich in Viebrich a. Rh. — Filialredaktion in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 67

Dienstag, den 8. Juni 1920.

Druckkosten
Gesamt (inkl. Post) 10114.

14. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Nr. 226.
Die Anmeldung der aus England, Frankreich, Amerika, Belgien und Serbien nach nicht zurückgeführten Kriegsgefangenen muß bis spätestens zum 15. Juni 1920

dem Hilfsauschuss, Landratsamt, Zimmer 9, erfolgen. Für ordnungsmäßige Erledigung der Meldungen, die nach dem 15. Juni eintreffen, kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bei diesen Meldungen handelt es sich um einwandfrei festgestellte Kriegsgefangene, nicht aber um Vermisste.

Wiesbaden, den 4. Juni 1920.
Kreisamtsführeramt, Arafahim.
Z. Nr. II. B. 2534/2. Der Hilfsauschuss.

Nr. 227.
Im dem Gehöft des Landwirts Joseph Kamp zu Eddersheim wurde die Maul- und Klauenseuche und in dem Gehöft des Landwirts Martin Reuber die Rinderpest festgestellt.
Gehöftsperrung ist angeordnet.
Wiesbaden, den 2. Juni 1920.
Der Landrat.

Nr. 228.
Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat dem Kreisamtsführeramt, Wiesbaden, in der Sache, betreffend die Wahrnehmung der Kreisamtsführerschaft für Wiesbaden-Land übertragen.
Der Amtsbereich umfasst einstweilen aus dem Kreis Wiesbaden-Land die bisherigen Kreisamtsinspektionsbezirke Sonnenberg, Rastheim und Rastheim-Land, sowie den Kreis Untermain. Herr Schulrat Jant wird die Amtsführung am 1. Juni ds. J. übernehmen.
Wiesbaden, den 21. Mai 1920.
Regierung, Abt. für Kirchen- und Schulwesen.
Sport und Spiel.

Beamtung.
Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichs-
ernährungsministers vom 29. April 1920 — Reichs-
gesetzblatt Nr. 100, S. 883 — findet neben der ge-
meinschaftlichen Anwesenheit gemäß Bundesrats-
beschluss vom 1. Mai 1911 eine Einzelbeurteilung über
die Erteilung und Fortsetzung der Befähigung zum
Leiten der Erzeugung der Erzeugnisse der Erzeugungsgemeinschaften zu.

Den Ortsbehörden wird die sorgfältigste Durch-
führung der Erhebung zur Bestimmung der Erzeugung
und wichtiger Angaben zur Befähigung der Erzeugung
wünscht, da die Ergebnisse die Grundlage für unter
Erzeugungswesen im nächsten Wirtschaftsjahr bilden
sollen.

Für die Ausfüllung der Ortsliste ist die dem
Erzeugungsgemeinschaften beigebrachte Anleitung maß-
gebend. Am einzelnen ist folgendes zu beachten:

1. Die Erhebung bezieht sich nur auf den fest-
gestellten Anbau. Was als solcher anzusehen ist,
muß nach den örtlichen Besonderheiten entschieden
werden.

2. Es sind die gesamten vom Betriebsinhaber
besitzenden Flächen an Getreide und Kartoffeln
anzugeben, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um
eigenes Land, Pachtland, Dienstland, Depotsland
oder dergl. handelt, sowie ob die Fläche innerhalb
oder außerhalb der Betriebsgrenze liegt.

Wer vorläufig die Angaben, zu denen er nach
der oben angeführten Verordnung oder den zu ihrer
Ausführung erlassenen Bestimmungen verpflichtet
ist, nicht oder vollständig unrichtig oder unvollständig
macht oder wer der Vorschrift im § 5, Abs. 2 der
Verordnung zuwider das Betreten der Grundstücke
oder die Einfahrt in die Geschäftsbücher verweigert,
wird mit Geldstrafe bis zu 6 Monaten und mit
Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser
Strafen bestraft.

Wer schließlich die im Absatz 1 genannten An-
gaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht,
wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft.
Wiesbaden, den 1. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Z. Nr. II. Kornst. 2155. J. B. Schmitt.

Beamtung.
Das Preussische Landes-Gewerbeamt hat durch
Verordnung vom 8. April ds. J., R. M. Nr. 3200,
die Maßnahme für die Verarbeitung von Getreide
und Hafer zu Nahrungsmitteln für Selbstverarbeiter und
Handverarbeiter anderweitig wie folgt festge-
legt:

1. Bei Getreide.
Für die Verarbeitung von 100 Kilogramm und
mehr 16 Mark für den dz.
Für die Verarbeitung von 50 bis 99 Kilogramm
17 Mark für den dz.
Für die Verarbeitung von 1 bis 49 Kilogramm
18 Mark für den dz.

2. Bei Hafer.
Für die Verarbeitung von 100 Kilogramm und
mehr 19 Mark für den dz.
Für die Verarbeitung von 50 bis 99 Kilogramm
20 Mark für den dz.
Für die Verarbeitung von 1 bis 49 Kilogramm
21 Mark für den dz.
Die Ausbeute bei der Verarbeitung von Hafer
beträgt bei durchschnittlicher Güte des Hafers
mindestens 50 v. H. Fielen, 13 v. H. Kleie
und 23 v. H. Spelzen.
Bei Herstellung von Graupen, Grütze und

Nichtamtlicher Teil.

Sages-Rundschau.

Unsere zurückkehrenden Kriegsgefangenen
aus Russland und Sibirien hoffen wir im Laufe
der nächsten Monate doch heim zu führen.
Sie haben am längsten und wohl am aller-
schwersten unter der Not des Krieges zu leiden gehabt.
Es ist ja kaum möglich, sich die körperlichen und
besonders die seelischen Leiden derer vorzustellen,
die nun zum Teil schon bald sechs lange Jahre in
der kalten Fremde schmachten, meist ohne Verbin-
dung mit der Heimat und den Lieben. Gewiß
werden alle darin weitesten, diesen Armen den
Eintritt in das Vaterland und Vaterhaus freundlich
und angenehm zu machen, ihnen das Licht und die
Wärme der heimatischen Liebe als herrliches Will-
kommen bieten.

Die Kriegslage in Polen.
Keine unmittelbare Gefährdung
der deutschen Ostgrenze.

Berlin. In der militärischen Lage an der
Russisch-Polnischen Front ist nach Ansicht Berliner
militärischer Kreise ein Gleichgewicht der russischen
und polnischen Kräfte eingetreten. Es finden heftige
Kämpfe statt, die aber bis zur Stunde eine
Veränderung der Lage nicht hervorgerufen haben.
Die russische Offensivkraft scheint vorläufig zum Still-
stand gekommen zu sein. Auch ist in den Händen
der Polen. Der Ausmarsch neuer russischer Ar-
meen, wie sie zu einem Erfolg verprechenden An-
griff notwendig sein würden, ist möglich, erfordert
aber immerhin einige Wochen Zeit.

Eine Gefährdung Ostpreußens durch eine Rote
Armee ist also für die nächste Woche durchaus un-
wahrscheinlich. Die übrige deutsche Ostgrenze er-
scheint vorläufig überhaupt nicht als gefährdet.

Eine Rede des Reichsministers Dr. Koch.

Frankfurt. Vor einer großen Versamm-
lung sprach hier der Reichsminister des Innern Dr.
Koch. Nach einem allgemeinen Überblick über die
äußere und innere Politik führte er u. a. aus:

Eine Überwindung der Zentralisation wird
auch von mir als langjährigem Selbstverwaltungs-
beamten als großer Lebenswunsch empfunden. Die
Einheitspolitik des Reichsministers wächst nicht, wenn
man alles nach Berlin verlegt; denn kein Minister
kann mehr alle Einzelheiten übersehen. So not-
wendig gewisse einheitliche Grundzüge von einer
Zentralstelle ausgehen müssen, so notwendig muß
sich diese Einheitlichkeit auf das unbedingt notwen-
dige Maß beschränken. Wenn wir heute ein neues
Deutschland aus dem Nichts schaffen wollten, so
müßte dieses Deutschland in ähnliche Gebilde zer-
fallen wie Bayern, Mecklenburg, Sachsen usw., und
diesen Gebilden müßte der Hauptteil der landwirt-
schaftlichen Übertragungen werden. Ohne solche Abwei-
chungen kommt man in keinem großen Staate der
Welt mehr aus. Die Schwierigkeit ist nur, daß
manche deutsche Bundesstaaten zu klein sind, um
ihnen überhaupt große Aufgaben zu übertragen,
und daß andererseits eine Übertragung von Auf-
gaben vom Reich auf Preußen überhaupt keine
Dezentralisation bedeutet. Das verfassungsmäßige
Verhältnis Bayerns zum Reich bedarf keiner Ver-
änderung. Die Schwierigkeit der Lösung liegt im
Verhältnis des Reichs zu Preußen. Die große
Politik in Deutschland muß an einer Stelle gemacht
werden, darunter aber muß die Dezentralisation im
weitesten Sinne bestehen. Behalten wir unsere
Kulturzentren in Deutschland, und wir werden dabei
möglichst sein. Wir brauchen einheitliche Grundzüge
nicht einheitliche Einzelheiten. Anders ist es, wenn
es sich darum handelt, eine nationale Politik zu
erfüllen. Ich würde in Bayern stark angegriffen
sein, wenn ich den vertriebenen schlagobtrudlichen Be-
amten ein Unterkommen in Deutschland verschaffe.
Das Eigenleben der Länder hat dort keine Grenzen,
wo die nationale Politik ein Eingreifen verlangt.
Wenn es zwischen dem Reich und den Ländern in
dieser Zeit der Hebung und Überwindung aller
Beteiligten Widerstände nach, so beruhen sie
auf mangelnder Führung der Landesregie-
rungen mit der Reichsregierung. Daher sollen sämt-
liche alle vierzehn Tage die Reichsregierungsverordnungen
zusammenstellen, um sich aufklären zu lassen und
ihnen Gelegenheit zu geben, Fragen zu stellen. Eben-
falls die Ministerpräsidenten in Zukunft alle zwei
Monate etwa gebeten werden, sich zu einer großen
und umfassenden Aussprache mit uns in Berlin
zu vereinigen. Wir haben alle guten Willen und
werden uns verständigen. Die Koalition muß er-
halten bleiben. Schließlich, so wird alle Welt ratlos
einsehen, was verloren gegangen ist. Gewiß ist
die Sozialdemokratie, die durch 40 Jahre der Zu-
rücknahme gegangen ist, nicht immer ein begnügen-
der Bundesgenosse, aber auch da wird die Zeit der heile
Reformer sein. Entschlossene Bedenken für die
Fortsetzung der Koalition ist aber, daß keine Dra-
gonen Vorrechte der anderen schaffenden Ständen
in Anspruch nimmt. Selbstverständlich bin ich für
eine möglichst ausgiebige Vertretung des Bürger-
tums in der Koalition. Was sich in Wort und Tat
auf den Boden der Verfassung stellt, gehört hinein.

Die Auslieferung des deutschen Kriegs-
materials.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages
stellen an das Deutsche Reich wie auf vielen an-
deren Gebieten, so auch auf dem militärischen,
schwer zu erfüllende Anforderungen. Erstaus-
schlag sind die Zahlen, die von unterrichteter Seite
über die bereits vollzogene Vernichtung von
Waffen und Munition angegeben werden. Seit
Juni 1919 sind zerstört worden rund 5000 Ge-
schütze, 14 000 Geschützrohre, 8500 Lafetten,
4 400 000 geladene Artilleriegeschosse,
31 370 000 scharfe Ränder, 4680 Tonnen Pul-
ver, 32 140 Tonnen Sprengstoffe, 1 318 000
Handwaffen, 24 500 Maschinengewehre,
64 300 000 Schuß- und Handwaffenmunition,
vier Millionen geladene und ungeladene Hand-
granaten, 1 537 000 Säbel und Lanzen. Bis
zum 5. Mai sind außerdem zur Vernichtung
bereitgestellt und dem Aufschuttsauschuss ange-
meidet: 12 000 leichte Geschütze, 271 Flugab-
wehrkanonen, 2500 schwere Kanonen, 3353
Minenwerfer, 21 676 Maschinengewehre,
15 500 000 Artilleriegeschosse und 28 500 000 Ge-
wehrr Patronen. Das gesamte Gerät der Luft-
streitkräfte ist bis auf 60 zum Minensuchen ge-
nehmigte Seeflugzeuge seit geraumer Zeit den
Vertragsgegnern überwiesen worden.

Der Wiederaufbau Frankreichs.

Ein hervorragender französischer Staats-
mann, der ungenannt zu bleiben wünscht,
wendet sich in der „Times“ gegen den eng-
lischen Vorwurf, Frankreich sei freitwillig,
unzufrieden und unverträglich. Das Gegenteil
sei der Fall: Frankreich arbeite ernsthaft an
seinem Wiederaufbau. Alle Eisenbahnen in

Generalstab des Heeres, hat eine kleine
Schrift „Bis zur Marne 1914“ herausgegeben,
die in überaus klarer Form die Gründe dar-
legt, die nach der Schlacht an der Marne zum
Rückzug der Armee führten. In der letzten
Nummer des Militär-Wochenblattes wird die
Tappensche Schrift besprochen. Es heißt dort
u. a.: General Tappen sieht den Marne-Rück-
zug in der ungenügenden Stoßkraft des deut-
schen rechten Umfassungsfüßels, der insolge-
dessen zwischen der 1. und 2. Armee entstan-
denen Lücke und der dadurch hervorgerufenen un-
günstigen Lage an einigen Teilen der deutschen
Front.

Die Schwächung des deutschen rechten
Füßels um zwei Armeekorps, die nach dem
Offen transportiert waren, ist der Grund für
das Versagen seiner Stoßkraft gewesen. War-
um aber diese beiden Armeekorps aus der
Westfront ausziehen, das ist bisher nicht so
klar ausgesprochen worden, als in der vorlie-
genden Schrift. Nicht etwa, um die in Schwie-
rigkeiten befindliche Ostfront zu stützen, mußte
dorthin Hilfe geschickt werden, sondern die
Heeresleitung hielt die bis zum 25. August an
der ganzen Front stattgehabten Kämpfe in
Belgien und Frankreich für die große, zu unse-
ren Gunsten geschlagene Entscheidungsschlacht,
und wollte nun nach dem Offen eine Armee
von sechs Armeekorps, je zwei von jedem Flü-
gel und aus der Mitte, senden, um dort gleich-
falls die Entscheidung mit den Russen zu suchen.
Die beiden später auf dem rechten Flügel feh-
lenden Armeekorps waren von den sechs die-
jenigen, welche zuerst abgeführt werden
konnten; zur Entsendung der anderen vier kam
es nicht mehr, weil die Lage sich dann als er-
heblich ungünstiger erwies, als angenommen war.

Ein Hauptgrund für die unrichtige Beur-
teilung der Tragweite der errungenen Siege
ist unter allen Umständen in der weiten Entfer-
nung des Großen Hauptquartiers von der
Kampffront zu finden. Der Verfasser läßt
dies auch an einer Stelle durchleuchten. Nicht
erst am 30. August mußte das Große Haupt-
quartier von Koblenz vorverlegt werden, son-
dern mindestens am 25., und nicht nach Zugem-
burg, sondern nach dem rechten Flügel, etwa in
die Gegend östlich Namur oder nach Charle-
roi. Dann wäre es möglich gewesen, sich per-
sönlich Eindrücke zu verschaffen. Dann hätte
der Gedanke nicht Raum gewinnen können,
daß ein „entscheidender Sieg“ errungen sei.
Wer in jenen Tagen bei Mons-Charleroi-
Namur steht, sah, daß die Gegner geschlagen
waren und schnell zurückgingen, aber nicht
stuchartig, und daß eine Entscheidung nicht ge-
fallen war, was schon durch das Fehlen großer
Gefangenen- und Beutemengen bewiesen war.

Neben den natürlichen technischen Schwie-
rigkeiten der Verlegung des Großen Haupt-
quartiers sieht General Tappen ferner den
Grund für das Verweilen in Zugemburg in
einer gewissen Schwerfälligkeit!

Der deutsche Rückgang in der
Marneschlacht 1914.
Generalleutnant Tappen, früher erster
Chef der Operationsabteilung beim Chef des

Der Arbeiterrat im Fürstenschloß. In Wernigerode ging das Gerücht, daß der Fürst zu Stolberg-Wernigerode zur Hochzeit der Prinzessin Renate von Schönau-Carolath mit dem Erbprinzen Batho zu Stolberg-Wernigerode auf einer Dothané am Ofstrand des Harzes ein fettes Rind und fünf fette Schweine habe schlachten lassen. Festbraten hat man am Harz bei Festen und eigenen Familienfeiern sehr gern und verschafft sie sich, wo man kann, aber ein Fürst darf das nicht. Der Arbeiterrat schritt ein, unterstützt von Gendarmerie. Es fand strenge Hausjuchung statt in den fürstlichen Gebäuden, aber man fand — nichts, rein nichts! Der Arbeiterrat war auf das Gerücht hineingefallen.

